Dreimal sieben Dresdner Schwaben

Von Alfred Schrapel.

Jeder Schulbub kennt das Bild von den sieben Schwaben, die mit einem Riesenspeer zu Felde ziehn und vor dem Kaninchen machenden Hasen entsetzt die Flucht ergreifen. Ähnlich erging es bei der Sache so vor, daß drei solcher Heldenscharen [illegible] und Reichstag nehmen, so haben wir etwa das Bild der Sozialdemokraten, die mit Mut und Gottvertrauen [illegible] Bürgerlichen und ihre Geschäftsordnung losgezogen und [illegible] zu Kreuze krochen. Ein Bild von Jämmerlichkeit, [illegible] Ironie, lächerlich und doch so bitterernst, wenn [illegible] Bedeutung auf die Arbeiterinteressen betrachtet. Man [illegible] der Bürgerlichen bei der Erklärung Rösch's [illegible] begreifen, was die Rolle der SPD. für [illegible] bedeutet. Die Sache ist wichtig genug, um auf den [illegible] einzugehen.

[illegible] Geschäftsordnung der Stadtverordneten wird seit zwei [illegible] hat etwa ein Jahr den Rechtsausschuß und [illegible] (Berichterstatter ist der frühere Vorsteher [illegible]) Ende 1925 kam die Vorlage vor das Plenum, [illegible] Allgemeindebatte liegen und kam, dank eines [illegible] Antrags, vor Weihnachten nicht mehr auf die [illegible] Im Januar hatte der Berichterstatter Urlaub, [illegible] um 11. Februar in die Einzelberatung ein[illegible]. In dieser Sitzung verlangten Sozialdemo[illegible] erst die Erledigung der anderen Punkte [illegible] im Laufe des Abends mehrfach Absetzung [illegible] an einem Montag (Finsterbusch), kurz [illegible] geschlossener Obstruktion, die durch den [illegible] namentliche Abstimmung zu jedem der [illegible] am deutlichsten in Erscheinung trat. Die [illegible] schlapp und strichen ½11 Uhr die Segel. [illegible] waren erledigt, als Voigt (D. Vp.) den Ver[illegible] stellte. Er betonte, die Linke verhindere durch [illegible] die Lösung der sozialen Aufgaben, suchte also [illegible] Sozialisten ausgepfünderten Arbeiter gegen die [illegible] zu machen.

[illegible] Februar stimmten — für uns war es keine Ueber[illegible] die Demokraten mit links für Absetzung der [illegible] der GO. So wurde diese auf Donnerstag, den [illegible] vertagt. Uns „schwante" etwas! Wenn Demo[illegible] der SPD. stimmen, dann „stimmt" gewöhnlich etwas [illegible] der Demokraten lebt ja überhaupt nur [illegible]. Wie hätte sonst dieses „Fähnlein der sieben [illegible]" den Vorsteher stellen können. Und wirklich! [illegible] am 18. den Kampf gegen die GO. er[illegible] der „linke" Rösch: Die SPD. zöge ihre An[illegible] Abstimmung zurück. Die Obstruktion müsse [illegible] zusammenbrechen, der Zweck sei erreicht, man habe [illegible] Arbeit erledigt und müsse nun auch die GO. [illegible] (genau wie Voigt!) in die sozialen [illegible].

[illegible] dieser Umfall?

[illegible] SPD. war es gar nicht ernst mit ihrer Obstruktion. [illegible] nicht der GO., nicht der bürgerlichen Diktatur. [illegible] nur um ein wenig Hinausschieben. Ja Wirklichkeit die GO. schon recht, weil durch sie ja die lästige [illegible] der KPD. totgemacht wird.

[illegible] sich nur einmal die herrlichen Maulkorb- und [illegible] ansehen:

[illegible] was aus der Dunkelkammer plaudert, zahlt 150 M. [illegible]

[illegible]: Oeffentliche Verhandlung ist Luxus.

[illegible] Anträge sind stets als letzte Beratungsgegenstände [illegible] die Tagesordnung zu setzen.

[illegible] Anträge sind erst nach der Unterstützung zu be[illegible].

[illegible] abgelehnte Anträge dürfen erst nach 3 Monaten [illegible] werden.

[illegible] Redezeit nur 30 Minuten.

[illegible] Geschäftsordnung hat jede Fraktion 5 Minuten [illegible].

[illegible] demselben Punkte darf nur zweimal gesprochen [illegible].

[illegible] Folgende Straf- und Maulkorbstatuta ist vor[illegible]: Zuruf, Ordnungsruf, Wortentziehung, Aus[illegible] von der Plenarsitzung, Ausschluß von vier [illegible] mit Verlust der Aufwandsentschädigung für [illegible] Monat, gewaltsame Entfernung aus dem Saal, [illegible] von den Ausschußsitzungen.

[illegible] SPD. weiß, daß die bürgerliche Mehrheit diese GO. [illegible], sie weiß, daß damit jede Arbeit und Opposition [illegible] Proletariat unmöglich wird, sie muß also alles tun, um [illegible] zu verhindern, um sachliche Arbeit fürs Proletariat [illegible]. Statt dessen: Einstellung der Obstruktion, um [illegible] Arbeit" zu leisten. Es zeigt sich hier die ganze partei[illegible] Unfähigkeit der SPD. Ohrfeigen, Fußtritte, Faust[illegible] von den Bürgerlichen, Drohung, Warnung, Obstruktion [illegible] der SPD. als Antwort, jämmerlich!

[illegible] 1926 spuckt das Bürgertum der SPD. ins Gesicht [illegible] nicht aus der stärksten, sondern der kleinsten Fraktion [illegible]. Wir boten Kampf an bis zur Auflösung des [illegible]. Das ist von uns öffentlich erklärt worden. [illegible] Verhandlung erklärt man, bei der GO. werde [illegible] zur Obstruktion sein. Diese Obstruktion jetzt [illegible] mit. Wir freuen uns des „Elans" der SPD., sie [illegible] Wort. Siehe da! Man bricht ab, kuscht, wird brav. [illegible] kein schriftliches Zugeständnis von der SPD. [illegible] die Obstruktion fortgesetzt, kein Wort wäre über [illegible] Verhandlungen gesprochen worden. Jetzt kommt zutage, daß [illegible] verraten wollte. Man fällt um und ist entrüstet. [illegible] nicht schweigen. Wir haben dem Obstruktionskurs der SPD. getraut, sie hat uns getäuscht, der Vertrauensbruch liegt bei ihr, bei den Linken, den Rösch, Finsterbusch.

[illegible] SPD. zählt 21, die KPD. 9 Stadtverordnete. Dreimal [illegible] haben die Obstruktion zusamemnbrechen und ver[illegible] die Sache des Proletariats. Die 8 „Moskowiter" haben [illegible] Bürgertum samt SPD. die Obstruktion fortgesetzt (ein [illegible] ist beraubt). Mit der SPD. haben wir erreicht, daß [illegible] Paragraphen erledigt wurden, allein gegen alle anderen [illegible] haben wir erreicht, daß nur weitere 6 Paragraphen [illegible] wurden. Wir werden nicht zurückweichen und Herrn [illegible] beweisen, daß wir es eben nicht satthaben wie die SPD. [illegible] Schandwerk einer Geschäftsordnung, diesem Polizei[illegible] tuschen wir nicht. Den legen wir in die Hand eines [illegible] auch nicht, wenns ein Sozialdemokrat sein sollte.

Weg mit dieser antiproletarischen Maulkorb-Verfügung, [illegible] Schöffenmannungserlaß, weg auch mit dieser Mehrheit, [illegible] mit diesem Stadtparlament! Die proletarische Mehrheit [illegible] wird kommen, und dann wird diese eine Geschäftsordnung schaffen, so wie es ihr genehm ist.

Dreimal sieben Schwaben sind auf der Flucht, Rot-Front hält aus!

„Die Sozialdemokratischen Parteien"

(Fortsetzung.)

I. Die Altersstufen in der SPD.

Nach der Altersstatistik des erwähnten Berichts entfallen von der Mitgliedschaft des Ortsvereins Bremen auf:

1. Die Jugendlichen, die nach dem Kriege zur SPD. kamen (bis 25 Jahre): 7½ Prozent.
2. Die Jugendlichen, die seit 1924 zur SPD. kamen (bis 30 Jahre): 16 Prozent.
3. Die Mitglieder, die schon vor dem Kriege den Hauptteil der Mitgliedschaft ausmachten, damals 25—35 Jahre alt (jetzt 35—40 Jahre): 60 Prozent.
4. Veteranen der SPD. (über 60 Jahre): 5 Prozent.

Unter Bezug auf die obige Statistik sagte der Vertreter Bremens auf dem Heidelberger Parteitag 1925:

„Wir haben die bedauerliche Erscheinung verzeichnen müssen, daß die jüngeren Jahrgänge, die in der Vorkriegszeit in erheblichem Maße in der Partei organisiert waren, heute fast völlig verschwunden sind. Der Kern der Mitgliedschaft besteht heute aus älteren Parteigenossen. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Jahrgänge von 20—35 Jahren erschreckend zurückgegangen."

Im Bremer Bericht heißt es, daß

„ein fester Stamm älterer Parteigenossen, die bereits seit Jahrzehnten treu zur Sache halten, das Gros der Partei bilden." Das erkläre die Stabilität der Mitgliedschaft.

Die SPD. übt also heute ihren Einfluß auf die Arbeitermassen hauptsächlich durch ihre alten, erfahrenen, routinierten Mitglieder aus, die — in einer fanatischen, um nicht zu sagen, fast bornierten Treue — zumeist durch alle Stürme hindurch den Glauben an „ihre" Partei nicht verloren haben.

Diesem Vorteil gegenüber steht die Tatsache „des Versagens der Werbekraft der Partei bei der Jugend" (Bremer Vertreter in Heidelberg).

Die große Aufmachung des letzten Hamburger Jugendtages und die Mittel, die der Parteivorstand für die „Sozialistische Arbeiterjugend" zur Verfügung stellt, zeigen, daß er die der Partei drohende Gefahr der Verkalkung deutlich erkennt.

Die Erziehung des Nachwuchses erfolgt in einer republikanischen und demokratischen, liberalisierenden Ideologie; sie ist hauptsächlich lebensreformerisch.

•

8. Die Führung der Partei.

Den entscheidenden politischen Einfluß auf die Führung der Partei haben trotz ihrer Mehrheit und all ihrer Wahlrechte nicht die Arbeitermassen, sondern die kleinbürgerlichen Elemente. Dabei zeigen sich folgende, sich kreuzende Tendenzen: einerseits ging der Einfluß der SPD. auf das Kleinbürgertum in den letzten Jahren stark zurück und die Zahl der kleinbürgerlichen Elemente innerhalb der Parteimitgliedschaft verminderte sich; zugleich aber wuchs der Einfluß dieser Schichten auf die Politik der Partei immer mehr.

Die obersten 2—3000 reformistischen Führer stammen zum Teil direkt aus der Bourgeoisie (wie Dr. Hilferding, Dr. Breitscheid, Dr. Adolf Braun) und dem Kleinbürgertum (wie Herm. Müller-Franken), oder aus den zünftlerischen Berufen der Arbeiterschaft (wie der Drechsler Leipart, der Steindrucker Otto Braun, der Tapezierer Wels, der Buchdrucker Scheidemann, der Maler Eckstein). Alle zusammen, auch die früheren gelernten und ungelernten Industrie- und Handelsarbeiter, leben heute durchaus in teils gutbürgerlichen Verhältnissen. Der Barmat-Skandal lüftete den Schleier von den krassesten Fällen der Verbürgerlichung in der sozialdemokratischen Führerspitze. Im engsten Verhältnis zu den obersten Führern stehen die 50 000 sozialdemokratischen Angestellten in Arbeiterorganisationen und sozialdemokratische politische Beamte im Staatsapparat, die an jene durch Tradition und materielle Interessen gebunden sind. Das Lebensziel der 50 000 ist die Führerstellung der 3000.

Der sozialdemokratische Regierungsrat Woldt sagte Mitte Dezember 1925 in einem Referat in der Berliner Hochschule für Politik u. a.:

„Die „Gefahr" der Verbürgerlichung ist bei der Zusammenarbeit mit den verschiedensten Menschen der verschiedensten Klassen, wie es heute für den Gewerkschaftsführer selbstverständlich ist, nicht von der Hand zu weisen. Wichtige gewerkschaftliche Zusammenschlüsse seien gescheitert, weil man die altbewährten Führer nicht ihres Platzes und ihrer Tätigkeit berauben wollte. Eine andere Konkurrenz erwächst ihm in dem in der Gewerkschaft leitend tätigen Akademiker."

Diese verbürgerlichten Führer — verbürgerlicht ihrer ganzen Lebens- und Denkweise nach — bestimmen die Politik der Partei. Und diese Politik ist entsprechend ihrem Wesen nach gut bürgerlich; d. h. diese Führer denken nicht daran, irgendwie die Grundlage des bürgerlichen Staates anzutasten.

Die Ursachen der Führerrolle dieser Leute liegen zunächst in folgenden mehr organischen Momenten:

1. die besondere Stellung der Reichs- und Landesparlamentsfraktionen, die die entsprechenden Schritte der Parteipolitik selbständig vorbereiten, einleiten und gelegentlich sogar gegen den offenen Widerstand der Parteimitgliedschaft durchführen können (wie das sächsische Beispiel der Jahre 1924 bis 1925 zeigt); und zwar auf Grund der Fiktion der „verfassungsmäßigen" Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern, nicht einer wirklichen Verantwortung gegenüber der Partei;
2. die materielle und organisatorische Machtfülle des Parteivorstandes (und der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer) über einen Riesenapparat;
3. die starke Einschränkung der Demokratie in den Gewerkschaften (und mehr noch in den Genossenschaften); an Stelle von Urwahlen Beschlüsse von Delegiertenkörpern mit verschiedenen Staffelungen, so daß fast jeder Willensausdruck der Masse zumeist schon gebrochen ist, bevor er die Spitze zur Entscheidung zwingt; ferner Entscheidung über Arbeitskämpfe (bzw. deren gewerkschaftliche Sanktionierung) durch qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse und Vorbehalt der Vorstandsgenehmigung; im Angestelltenverband sogar Verbot kommunistischer Verbandsfunktionäre;
4. die organisatorische Verwachsenheit des Gros der Parteimitglieder, auch der Arbeiter, mit den Führern, teilweise über 20 bis 40 Jahre hinweg;
5. die Tradition der Partei, der alten „völkerbefreienden Sozialdemokratie" (der Partei August Bebels!);
6. die Bodenständigkeit der Führerschaft (die SPD. besitzt fast in allen Gegenden jedem Arbeiter bekannte Führer, deren jahrzehntelange Heranbildung ganz systematisch erfolgte);
7. die Routine, Erfahrenheit, Kenntnis, Gewandtheit — und auch Rücksichtslosigkeit — der Führer hinsichtlich alles, was Massenführung und Organisation betrifft;
8. die fast ununterbrochene, direkte persönliche, ideologische Beeinflussung der Parteimassen durch die Führer und vor allem durch die Partei- und Gewerkschaftspresse;
9. die Tatsache, daß die Organisationen, die den Arbeitern am nächsten stehen, die Gewerkschaften, mit wenigen Ausnahmen fast immer in den Händen der reformistischen Führer blieben, und zumeist sogar in den Händen der Rechtssozialisten.

Hierzu kommen die politischen Ursachen; darüber späterhin.

Warum Organisierung der Internationalen Frauenwoche vom 1. bis 7. März?

(Von einer Arbeiterkorrespondentin.)

Frauen! Habt ihr schon vom Internationalen Frauentag oder der Frauenwoche gehört? Was bedeutet sie für uns? Eine Werbewoche um die Herzen und Hirne der Proletarierfrauen. Es ist bekannt, daß die Frauen seit jeher die Unterdrücktesten der menschlichen Gesellschaft sind. Die Frau bedeutet aber dieselben wertvollen Faktor in der Gesellschaft und der Wirtschaft, wie der Mann. Was waren die Frauen im Krieg? Die sogenannten geordneten Zustände waren früher zusammengebrochen, wenn sie anders organisiert gewesen wären. Die Frauen sind also wichtige Elemente in der Wirtschaft, im Staat. Darum, Frauen, erkennt eure Wichtigkeit! Kämpft, daß eure Arbeit mit gleichem Lohn der Männer bewertet wird. Organisiert den Widerstand, brecht die Ketten! Zeigt dem brutalen Unternehmertum, daß es genug ist der Unterdrückung und der Ausbeutung. Erkennt die Machinationen der Betriebsstillegungen, als deren Folge die Erwerbslosigkeit für euch langsame Aushungerung bedeutet. Denkt an eure Kinder, an die gesamte Arbeiterklasse wie an eure eigene Familie! Wenn eure Männer allein zu schwach zum Kampfe um ein besseres Menschsein sind, dann verstärkt die Reihen der Männer, rüttelt sie auf, um gemeinsam den Sieg zu erreichen. Verlangt auch von eurem Männern, euch in der Frauenwoche in jeder Beziehung zu unterstützen. Klärt Bekannte und alle Arbeiterfrauen auf, daß sie sich freimachen müssen vom bürgerlichen Denken! Agitiert für Entfernung der bürgerlichen Zeitung! Erzieht eure Kinder zu Kämpfern! Seid Agitatorinnen und Kämpferinnen für eine bessere Welt! Helft aufrichten das Banner des Sozialismus, des Kommunismus. Darum Organisierung der Internationalen Frauenwoche vom 1. bis 7. März. Alle Zellen- und Zellengruppenleiter sind verpflichtet, Veranstaltungen in dieser Woche zu treffen und Arbeiterinnenversammlungen mit Frauenthemen zu veranstalten. Dieselben können mit Musik und Rezitationen ausgeschmückt werden. Am Schlußtag, den 7. März, werden Demonstrationen für die Frauenforderungen veranstaltet. Alle Kräfte müssen für die Organisierung der Frauenwoche eingesetzt werden.

Arbeitereldorado der Gosag

Diese gemeinnützige Gesellschaft ist wohl zur Genüge bekanntgeworden durch den Raubzug auf die Taschen der kleinen Gasabnehmer. Die „Gosag" beschäftigt zirka 15 Kassenboten zu „horrenden" Löhnen; dieselben beziehen bis auf wenige keinen festen Lohn, sondern arbeiten im Akkord. Für Uhrablesen bei einem Gasabnehmer und Betraglassieren gibt es 0,08 Mk., aber nur dann, wenn der Bote das Geld gleich erhält, sonst nur —,03 Mk. Es kommt häufig vor, daß die Boten zu einem Abnehmer drei- bis viermal, ja auch noch mehrere Male gehen müssen. Außerdem müssen sie noch den größten Teil der Bureauarbeiten mit erledigen, indem sie sämtliche dazu gehörigen schriftlichen Arbeiten, Uebertragungen usw. mit zu erledigen haben. Es kommt eine tägliche Arbeitszeit von 11 bis 12 Stunden in Betracht bei einem Wochenverdienst von 27,50 Mk. und noch niedriger. Die Boten der auswärtigen Betriebsstellen müssen außerdem allmonatlich einen Tag zur Abrechnung nach Heidenau, wofür sie großzügigerweise das Fahrgeld 3. Klasse erhalten, aber keinen Pfennig Lohn oder Spesen. Herr Direktor Haupt wurde öfters angegangen, diesen Tag zu bezahlen; das lehnte er jedesmal brüsk ab und erklärte, dieses Opfer müßten die Kassenboten im allgemeinen Interesse bringen (er wollte wohl sagen, im Interesse der Aktionäre und lustigen Aktienfiffer). Bei dieser Gelegenheit erklärte er weiter, daß es nur an den Boten liegt, wenn das Geld so schwer eingeht, „die Gasabnehmer müßten zum Bezahlen dressiert werden!" (Man spricht davon, daß dieser noble Herr ein Parteifreund des SPD.-Bürgermeisters Klimpel ist.) Auch wurde den Boten das Fahrgeld der Straßenbahn von der Betriebsstelle nach den entlegenen Orten entzogen. An Humanität ist diese Gesellschaft ebenfalls nicht zu überreisen. Als am 1. Februar 1926 bei einem Gasrohrbruch in Freital-Deuben zwei Monteure an Gasvergiftung bewußtlos in das Krankenhaus geschafft werden mußten, wurde den Familien keine Mitteilung davon gemacht. Die warteten bis spät abends auf die Heimkehr ihrer Männer, erst durch Zufall erfuhren dieselben, was vorgefallen ist. Ein Arbeiter aus Cossmannsdorf, welcher die beiden Monteure vom sicheren Tode errettete, hat auch bis heute von dieser Gesellschaft keine Nachricht erhalten. Dieser Gesellschaft würdig ist der treudeutsche Meister der Betriebsstelle Freital, welcher brutal zu dem Retter der beiden Monteure äußerte, es sei gar nicht so gefährlich, „morgen früh zappeln sie beide wieder". Dieser treudeutsche Meister ist sehr scharf dahinter, wenn ein Proletarier in der Not einmal schwarz brennt, er kann aber auch anders handeln, wenn ein Unternehmer schwarz brennt, dort hilft er noch mit, die Sache zu vertuschen, wie es in Cossmannsdorf vorgekommen ist.

Nun noch ein Wort zum Gastarif selbst, es ist schon genügend darüber geschrieben worden, aber eins muß noch darüber erwähnt werden, daß diesen Tarif im Verwaltungsausschuß in der Mehrheit Sozialdemokraten zur Annahme verholfen haben und ihn jetzt noch als berechtigt hinstellen, ja sogar ihren Genossen, welche Gemeindevertreter sind, den guten Rat geben, dafür zu stimmen und sie davor warnen, in dieser Sache in die proletarische Einheitsfront zu schwenken. Gemeindevertreter aller Orte, wo die Gosag vertreten ist, laßt euch nicht durch den Sirenengesang dieser Leute abhalten, sondern kämpft mit allen Mitteln gegen den Wuchertarif der Gosag. Was in Rabenau, Tharandt und Cossmannsdorf möglich ist, muß auch in jeder anderen Gemeinde möglich sein. Diese drei Gemeinden zahlen noch den alten Tarif und werden auch für einen höheren Tarif nie ihre Zustimmung geben, was leicht möglich ist, da auch erfreulicherweise die Sozialdemokraten den ehrlichen Kampf gegen diesen Tarif führen. Daß sich die Gosag nicht ganz sicher fühlt in ihren Maßnahmen, beweist, daß sie die Bürgermeister dieser drei Orte in Privatbriefen bittet, doch dafür einzutreten, daß dieser Tarif Annahme findet. Gemeindevertreter der SPD., fordert von euren Genossen, welche diesen Tarif zur Annahme verholfen haben, Rechenschaft. Denn eine Gesellschaft, welche laut Geschäftsbericht vom 4. Februar 1926 in der Lage ist, ihre Kapitalien um reichlich 100 Prozent von 2,3 auf 5 Millionen RM. zu erhöhen und einen Reingewinn von 264 000 RM. erzielt, sowie 4 Prozent Dividende verteilt, kann unmöglich behaupten, daß ihr neuer Tarif gerechtfertigt ist. Und es wird wohl jeder der Meinung sein, daß das Wucher ist.